

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Kommunen schützen – Illegale Migration stoppen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest, dass

1. die kommunale Aufnahmefähigkeit für Personen, die im Zuge des illegalen Migrationsgeschehens in unser Land kommen, erschöpft ist. Fehlende finanzielle Ressourcen im Land und in den Kommunen, vehemente Bürgerproteste, vor allem in Gemeinden mit neu entstehenden Gemeinschaftsunterkünften, sowie immer mehr kommunale Vertretungen mit dem mehrheitlichen Willen für eine migrationspolitische Wende zeigen das Scheitern der herrschenden Politik in Mecklenburg-Vorpommern. Die offensichtliche Ohnmacht der Landesregierung gegenüber dieser Situation ist eine Krise der Regierung selbst.
2. der Deutsche Landkreistag in einem Positionspapier vom 2. September 2024 öffentlich betont hat, dass sowohl das nationale Asylrecht als auch das internationale Flüchtlingsrecht „unter einem Notstandsvorbehalt“ stehen. Eine strikte Begrenzung der illegalen Migration zur Wiederherstellung der Integrationsfähigkeit Mecklenburg-Vorpommerns ist absolut überfällig. Der Landtag begrüßt daher ausdrücklich die vorgeschlagenen Forderungen des Deutschen Landkreistages für „eine grundsätzlich andere Migrationspolitik“.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich den Forderungen des Deutschen Landkreistages öffentlich anzuschließen und sich für ihre Umsetzung mit dem Ziel einer effektiven Begrenzung des Zugangsgeschehens einzusetzen.

Nikolaus Kramer und Fraktion